

Das statistische Amt der Europäischen Union veröffentlicht jeden Monat die Inflationsrate für das Euro-Währungsgebiet. Der vorliegende Beitrag diskutiert die aktuelle Preisentwicklung und geht dabei auch auf den Einfluss von staatlich administrierten Preisen und indirekter Besteuerung ein.

In der Europäischen Währungsunion (EWU) wird die Inflation mit dem harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU) gemessen. Der HVPI-EWU wird vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) als gewogener Durchschnitt der harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI) der Mitgliedsländer des Euroraums ermittelt. Der Konstruktion nach sind die HVPI der Mitgliedsländer Kettenindizes vom Laspeyres-Typ mit jährlich wechselnden Warenkorbgewichten. Im Vergleich zu konventionellen Festbasisindizes wie dem deutschen Verbraucherpreisindex VPI, die Preisbewegungen anhand eines für mehrere Jahre konstanten Wägungsschemas messen, können in den HVPI auch Änderungen im Konsumentenverhalten zeitnah berücksichtigt werden. Die HVPI bergen damit auch Merkmale eines »Lebenshaltungskostenindex«.¹

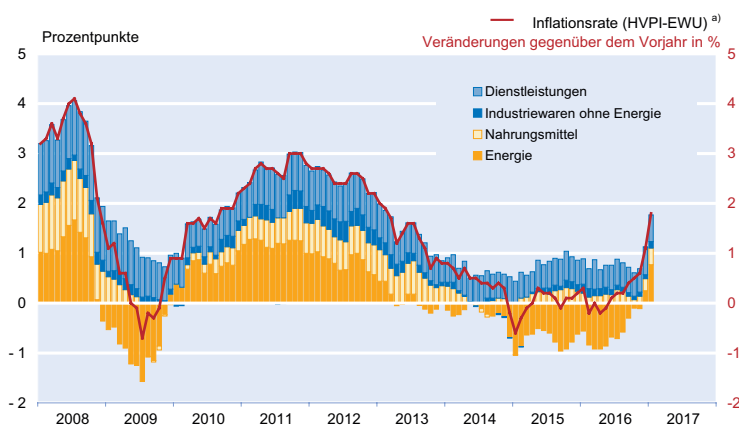
Der HVPI-EWU dient der Europäischen Zentralbank (EZB) als zentraler Indikator zur Beurteilung der Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet. Dieses Ziel wird vom EZB-Rat dahingehend operationalisiert, auf mittlere Sicht Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen (vgl. Europäische Zentralbank 2013). Seit nahezu vier Jahren wird dieses Preisziel jedoch deutlich unterschritten. Im zweiten Quartal 2013 lag die Inflationsrate (Veränderung

des HVPI-EWU gegenüber der vergleichbaren Vorjahresperiode) erstmals mit 1,4% deutlich unter dem EZB-Zielwert, der in den Jahren 2011 und 2012 mit Jahresdurchschnittsraten von 2,7% und 2,5% noch spürbar überschritten worden war. Im Jahr 2014 setzte sich der ausgeprägte Rückgang der Inflationsraten (Disinflation) fort, was zum Großteil auf die aus Verbrauchersicht günstige Preisentwicklung bei Energieträgern und – witterungsbedingt – bei Nahrungsmitteln zurückzuführen war. Im Winterhalbjahr 2014/15 wurde das Verbraucherpreisniveau des Vorjahres sogar mehrere Monate lang unterschritten. Negative Inflationsraten in der EWU hatte es zuletzt im Jahr der Weltrezession 2009 gegeben. In der zweiten Jahreshälfte 2015 gaben die Energiepreise erneut stark nach; im Jahresdurchschnitt stagnierte das Preisniveau auf dem Niveau von 2014. In der ersten Jahreshälfte 2016 kam es aufgrund von Basiseffekten nochmals in mehreren Monaten zu geringfügig negativen Inflationsraten, danach erhöhten sich die Raten wieder, zuletzt sogar beschleunigt, wozu allerdings auch Basiseffekte aus dem Vorjahr beigetragen haben. Im Durchschnitt des Jahres 2016 erhöhten sich die Verbraucherpreise kaum. Im Januar 2017 lag die Inflationsrate im Euroraum mit 1,8% dann erstmals wieder knapp unter der Zielmarke der EZB (vgl. Abb. 1).

¹ Ein Lebenshaltungskostenindex (»ökonomischer Preisindex«) vergleicht kostenminimale Ausgaben, die zur Erzielung eines bestimmten Lebensstandards (Nutzen) bei alternativen Preissituationen erforderlich sind. Beim ökonomischen Preisindex wird nicht ein Warenkorb zwischen Basis- und Berichtsperiode konstant gehalten, sondern das Nutzenniveau (»Lebensstandard«). Gemessen wird somit ein Ausgabenverhältnis, das nicht nur durch die Veränderung von Preisen, sondern auch durch die Substitution von teurer gewordenen Gütern durch billiger gewordene Produkte bestimmt wird. Es lässt sich zeigen, dass ein Preisindex vom Laspeyres-Typ die obere Schranke eines ökonomischen Preisindex darstellt. Die Differenz zwischen einem Laspeyres-Preisindex und einem ökonomischen Preisindex, der Substitutionsvorgängen Rechnung trägt, wird als »substitution bias« bezeichnet (vgl. Hill 1999).

Aber auch ohne die recht volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise gerechnet ist die Inflation im Euroraum in den vergangenen vier Jahren niedrig gewesen, wozu primär die negative Output-Lücke in der EWU beigetragen haben dürfte (vgl. Hristov 2016). Im ersten Halbjahr 2015 erreichte die Inflationsrate für Industriewaren (ohne Energie) und Dienstleistungen (Kernrate) mit 0,7% ihren bisherigen Tiefststand, wozu auch indirekte Effekte beitrugen, die sich aus dem Durchwirken niedrigerer Heizöl- und Kraftstoffpreise in den vorgelagerten Stu-

Abb. 1
Beiträge der Gütergruppen zur Inflationsrate (HVPI-EWU)

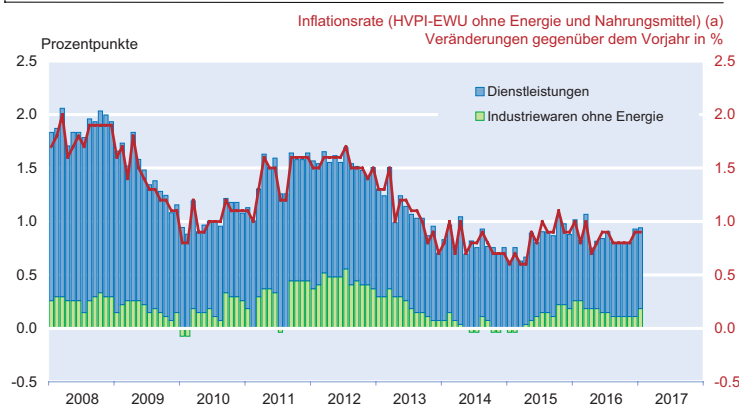


^{a)} Angaben für wechselnden Währungsraum.

Quelle: Eurostat; EZB.

fen ergeben haben. Im zweiten Halbjahr 2015 stieg die Inflationsrate dann wieder auf 0,9%, diese Rate hat sich auch für den Jahresdurchschnitt 2016 ergeben. Allerdings verläuft der Preisauftrieb nicht für alle Gütergruppen synchron: Während der zwischenzeitlich zu beobachtende Aufwärtssdruck bei Preisen für Industriewaren (ohne Energie), der die vorausgegangene Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar reflektierte, ab dem Frühjahr 2016 wieder nachließ, bewegte sich die Inflationsrate bei den größtenteils nicht handelbaren Dienstleistungen im vergangenen Jahr in einer Spanne von 1,4% und 0,9% (vgl. Abb. 2). Im Jahresdurchschnitt 2016 verteuerten sich Dienstleistungen um 1,1% und Industriewaren (ohne Energie) um 0,4% und damit in nahezu unverändertem Tempo wie zuvor. Auch nach Mitgliedsländern differenziert gab es im vergangenen Jahr noch beträchtliche Unterschiede: So übertraf das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2016 den Vorjahresstand in Belgien um 1,8% und in Österreich um 1,0%, in Deutschland und Frankreich jedoch nur um 0,4% bzw.

Abb. 2
Beiträge der Gütergruppen zur Inflationsrate (HVPI-EWU ohne Energie und Nahrungsmittel)



(a) Angaben für wechselnden Währungsraum.

Quelle: Eurostat; EZB; Berechnungen des ifo Instituts.

0,3%. In Italien sank das Preisniveau im vergangenen Jahr um 0,1% und in Spanien sogar um 0,3%.

Zur Analyse der speziellen Effekte von Preisänderungen bei Gütern mit staatlich administrierten Preisen auf das Verbraucherpreisniveau im Euroraum bedarf es einer gesonderten Querschnittsbetrachtung. Eurostat veröffentlicht hierzu einen speziellen Preisindex, den HVPI-EWU-AP (AP = »administered prices«). Dieser erfasst die Preisentwicklung von Sachgütern und Dienstleistungen, deren Preise entweder direkt (»directly«) oder überwiegend (»to a significant extent«) vom Staat bzw. von staatlichen Regulierungsbehörden beeinflusst werden (z.B. Entgelte für den Besuch von Schulen oder Universitäten, Tarife für den öffentlichen Nahverkehr, Gebühren für die Müll- oder Trinkwasserentsorgung, Passgebühren u.ä.). Die Untergruppe der überwiegend administrierten Preise bezieht sich auf diejenigen Güter, deren Preise nur nach Zustimmung einer Regulierungsbehörde geändert werden dürfen. Neue Regulierungs- bzw. Deregulierungsmaßnahmen in den Mitgliedsländern werden von Eurostat jeweils zum Jahreswechsel berücksichtigt.

Tabelle 1 zeigt, dass es auch im Güter- und Dienstleistungssegment mit administrierten Preisen seit dem Jahr 2013 zu ausgeprägt disinflationären Tendenzen gekommen ist. Zwar verteuerten sich die Güter mit administrierten Preisen bis zum ersten Halbjahr 2016 stärker als die Güter mit flexiblen Preisen. So belief sich vom ersten Halbjahr 2011 bis zum ersten Halbjahr 2016 die Inflationsrate bei Gütern mit administrierten Preisen auf 2,3% p.a., bei den Gütern mit nichtadministrierten Preisen war die Rate mit 1,1% p.a. deutlich niedriger. Die Preissteigerungsraten sind aber nahezu kontinuierlich kleiner geworden. So verteuerten sich Güter mit administrierten Preisen im zweiten Halbjahr 2016 nur noch um 0,3%. Lediglich knapp ein Zehntel der gesamten Inflationsrate in der EWU konnte zuletzt durch administrierte Preisanhebungen erklärt werden. Auf die Verteuerung von Gütern und Dienstleistungen mit flexiblen Preisen entfielen die restlichen 91%.²

Unberücksichtigt bleibt beim Index der administrierten Preise der Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Teuerung. Eurostat veröffentlicht hierzu monatlich einen speziel-

² Der Beitrag der administrierten Preise zur Gesamtrate des HVPI-EWU in Prozentpunkten wird hier approximativ aus dem Produkt »Produktgewicht der administrierten Preise × Inflationsrate AP« berechnet. Der Inflationsbeitrag ist folglich umso höher, je größer das jeweilige Produktgewicht ist und je stärker die administrierten Preise angehoben werden (vgl. Nierhaus 2006).

Tab. 1
Zur Entwicklung der administrierten Preise in der Europäischen Währungsunion
Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2010		2011		2012		2013		2014		2015		2016	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP)	1,1	2,3	3,5	3,6	3,5	4,1	2,7	1,6	2,2	1,7	1,1	0,8	0,2	0,3
Direkt administrierte Preise	2,0	3,8	5,3	4,7	3,4	5,6	4,8	2,6	3,7	2,5	1,7	1,6	1,2	1,2
Überwiegend administrierte Preise	0,6	1,5	2,5	2,9	3,6	3,2	1,5	1,0	1,3	1,2	0,9	0,5	-0,1	0,0
Nicht administrierte Preise	1,4	1,8	2,5	2,7	2,4	2,2	1,5	1,0	0,4	0,1	-0,2	0,0	-0,1	0,5
Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)	1,4	1,9	2,6	2,8	2,6	2,4	1,6	1,1	0,6	0,3	-0,1	0,1	0,0	0,5

	2010		2011		2012		2013		2014		2015		2016	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP)	0,13	0,27	0,42	0,42	0,43	0,50	0,34	0,20	0,28	0,22	0,15	0,10	0,03	0,04
Direkt administrierte Preise	0,08	0,16	0,23	0,20	0,15	0,25	0,22	0,12	0,18	0,12	0,06	0,06	0,04	0,04
Überwiegend administrierte Preise	0,04	0,11	0,19	0,22	0,28	0,25	0,12	0,08	0,11	0,10	0,09	0,05	-0,01	0,00
Nicht administrierte Preise	1,24	1,60	2,19	2,39	2,14	1,92	1,29	0,88	0,33	0,05	-0,21	0,03	-0,05	0,46
Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)	1,4	1,9	2,6	2,8	2,6	2,4	1,6	1,1	0,6	0,3	-0,1	0,1	0,0	0,5

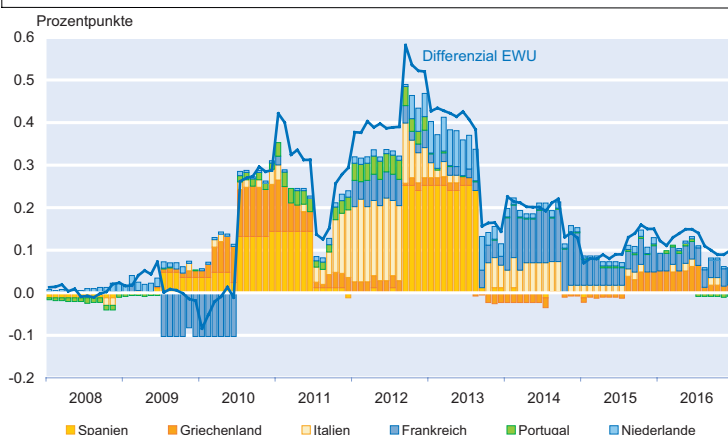
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

len harmonisierten Preisindex zu konstanten Steuersätzen (hier: HVPI-EWU-CT; CT = »constant taxes«), bei dem der Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Verbraucherpreisentwicklung ausgeschaltet ist. Zu den im Index erfassten indirekten Steuern zählen die Mehrwertsteuer sowie die Verbrauchsteuern auf alkoholische Getränke, Tabakwaren und Energie. Hinzu kommen Steuern auf bestimmte Produkte wie Pkw, Versicherungen und Unterhaltung. Durch den Vergleich des HVPI-EWU-CT mit dem Gesamtindex HVPI-EWU (Inflationsdifferenzial) können die Auswirkungen der indirekten Besteuerung auf das Verbraucherpreisniveau abgeschätzt werden. Dabei wird angenommen, dass Änderungen der indirekten Steuern umgehend und vollständig auf die Verbraucherpreise wirken (vgl. Europäische Kommission und Eurostat 2009).

Abbildung 3 zeigt ausgewählte länderspezifische Beiträge zum Inflationsdifferenzial im Euro-Währungsgebiet. Von Mitte 2010 bis Mitte 2013 war das Inflationsdifferenzial mit durchschnittlich 0,36 Prozentpunkten recht groß, was im Zusammenhang mit wiederholten Anhebungen der Mehrwertsteuer in mehreren EWU-Mitgliedsländern zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gestanden ist.³ Seither hat sich das Inflationsdifferenzial aber wieder deutlich zurückgebildet; die Mehrwertsteuererhöhungen waren in die

statistische Basis eingegangen. Zudem wurde in Griechenland im Herbst 2013 der Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gastgewerbe von 23% auf 13% gesenkt, um die Wettbewerbsfähigkeit im Tourismus zu erhöhen (vgl. Bank of Greece 2013, S. 50). In den ersten drei Quartalen 2014 fiel das Inflationsdifferenzial auf 0,2 Prozentpunkte, danach verharnte es ein volles Jahr bei rund 0,1 Prozentpunkten. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2015 hat sich das Inflationsdifferenzial wieder etwas geöffnet, wozu die Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes in Griechenland von 13% auf 23% für Nahrungsmittel, Bekleidung und Schuhe, Restaurants und Hotellerie, haushaltsnahe Dienstleistungen usw. im Vorfeld der Verabschiedung des dritten Rettungspakets

Abb. 3
Beiträge ausgewählter Länder zum Differenzial zwischen dem HVPI-EWU und dem HVPI-EWU-CT



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

³ Zu den einzelnen Maßnahmen vgl. Nierhaus (2016, S. 30 f.).

beitragen hat. Seit dem Wegfall dieses Basiseffekts liegt das Inflationsdifferenzial in der EWU wieder knapp unter 0,1 Prozentpunkten. Aufwärtsgerichtet wirken derzeit etwa die Erhöhung des ermäßigten Satzes auf Hotelübernachtungen in Österreich im Mai 2016 von 10% auf 13%, die zum 1. Juni 2016 erfolgte Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes in Griechenland auf nunmehr 24% und die steuerbedingte Verteuerung von Zigaretten in Frankreich im Januar 2017 (vgl. Europäische Kommission 2016). Eine nach dem italienischen Stabilitätsgesetz mögliche Anhebung der Mehrwertsteuer ab Januar 2017 von 22% auf 24% beim Normalsatz und 10% auf 13% beim reduzierten Satz, die das Inflationsdifferenzial wieder über die 0,1-Prozentmarke getrieben hätte, ist allerdings unterblieben.

Ausblick

Maßgeblich für die in den vergangenen Jahren zu beobachtende disinflationäre Entwicklung in der EWU waren eine negative Output-Lücke und ein Rückgang der Rohölnotierungen, der sich gleichgerichtet auf die Preise der Energiekomponente des HVPI-EWU ausgewirkt hat. Zudem ist der Preisdruck, der ehemals von administrierten Preisanhebungen in der EWU ausging, inzwischen stark gesunken. Schließlich hat auch der aufwärtsgerichtete Einfluss von indirekten Steuern auf das Verbraucherpreisniveau deutlich nachgelassen, dies nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil viele Länder aufgrund der Niedrigzinsen bei der Refinanzierung fällig werdender öffentlicher Anleihen erhebliche Entlastungen beim Schuldendienst erzielen konnten.

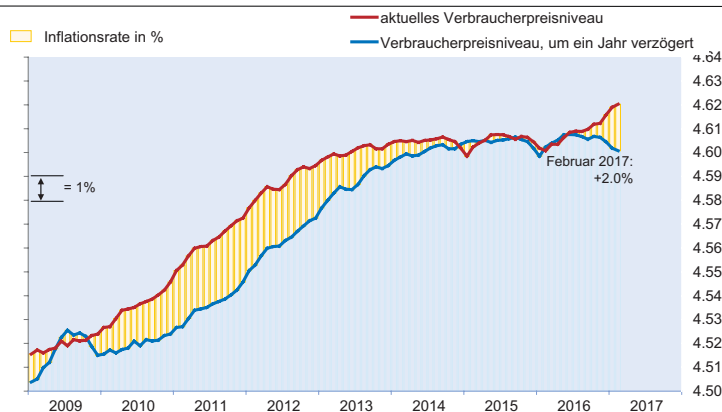
Im Januar 2017 lag die Inflationsrate im Euroraum, gemessen am HVPI-EWU, mit 1,8% erstmals wieder knapp unter der Zielmarke der EZB. Hierzu trug primär die Energiekomponente des Index bei, die sich im Gefolge der gestiegenen Rohölpreise und der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar mit 8,1% gegenüber dem Vorjahr sehr kräftig er-

höht hat. Zudem sind die Preise für Industriewaren (ohne Energie) und für verarbeitete Nahrungsmittel spürbar gestiegen, die Preise für unverarbeitete Lebensmittel sogar um 3,5%. Die Entgelte für Dienstleistungen übertrafen das Vorjahresniveau um 1,2%. Zur hohen Inflationsrate im Januar trugen schließlich auch Basiseffekte bei – zur Jahreswende 2015/16 war das Verbraucherpreisniveau im Gefolge des damaligen Einbruchs der Ölpreise saisonbereinigt deutlich gesunken (vgl. Abb. 4). Im Februar 2017 erreichte die Inflationsrate sogar die 2-Prozentmarke, hierzu trug auch bei, dass sich unverarbeitete Nahrungsmittel aufgrund des außerordentlich kalten Winterwetters in Südeuropa weiterhin kräftig verteuert haben.

Im weiteren Jahresverlauf entfallen dann allerdings die Basiseffekte, die der kräftigen Erhöhung der Inflationsrate in den vergangenen Monaten mit zugrunde lagen. Auch von den Rohölnotierungen dürften aus heutiger Sicht keine größeren preistreibenden Effekte mehr ausgehen. Zwar hatte sich die OPEC im Herbst 2016 wieder auf eine Kürzung der Ölfördermengen geeinigt. Vom Januar dieses Jahres an ist die tägliche Fördermenge des Kartells für (zunächst) sechs Monate um 1,2 Mio. Barrel auf 32,5 Mio. Barrel reduziert. Parallel dazu haben auch Nichtmitglieder der OPEC wie Russland ihre Förderung zurückgefahren. Die Förderkürzungen sind aber in den bereits vor der Jahreswende deutlich gestiegenen Ölnotierungen vorweggenommen worden. Zudem ist die Drosselung der Fördermengen nach Schätzungen der OPEC nicht vollumfänglich umgesetzt worden. Schließlich machen höhere Ölpreise alternative Fördertechniken rentabel (Fracking), was das Ölangebot steigen lässt.

Für die Kernrate freilich werden die zwischenzeitlich gestiegene Kapazitätsauslastung und der Wertverlust des Euro Aufwärtstendenzen mit sich bringen. Umfragen der EU-Kommission zufolge sind die Preiserwartungen der Industrieunternehmen im Euroraum erstmals seit langem wieder deutlich nach oben gerichtet.⁴ Der erhöhte Kostendruck auf den vorgelagerten Stufen dürfte von den Unternehmen nach und nach in den Verbraucherpreisen weitergegeben werden. Für entgegengesetzt wirkende preisdämpfende Zweirundeneffekte als Reaktion auf die vorangegangene lange Disinflationphase gibt es zudem keine empirische Evidenz. Dem Survey of Professional Forecasters (SPF) der EZB zufolge liegt die erwartete fünfjährige Termin-Inflationsrate im Euroraum, die im Verlauf der Jahre 2013 und 2014 leicht gesunken war, weiterhin bei 1,8% (vgl. Europäische Zentralbank 2017a; 2017b).

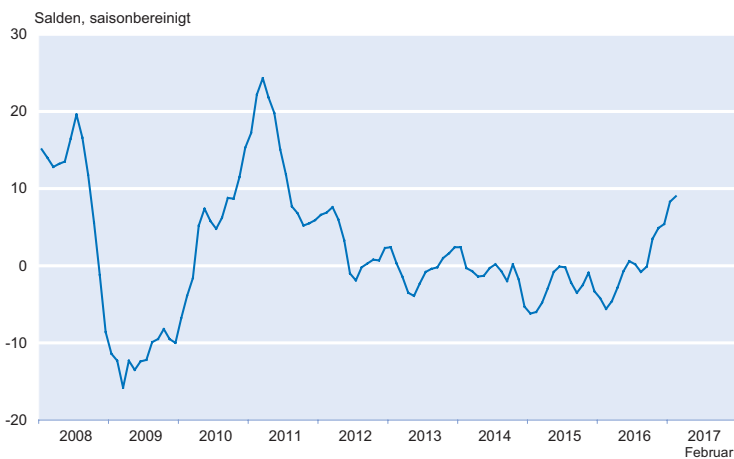
Abb. 4
Entwicklung von Verbraucherpreisniveau^{a)} und Inflationsrate^{b)} im Euroraum



^{a)} HVPI-EWU (2005 = 100), saisonbereinigt und logarithmiert, Angaben für wechselnden Währungsraum.
^{b)} Inflationsrate (= approximativ: Vorjahresabstand der Verbraucherpreisniveaus in %).

Quelle: Eurostat; EZB; Berechnungen des ifo Instituts.

⁴ Zur Preisprognose mit Erwartungsdaten aus Unternehmensbefragungen vgl. Lehmann und Wollmershäuser (2017).

Abb. 5**Preiserwartungen der Industrie im Euroraum**

Von der Erhöhung indirekter Steuern dürften im Jahr 2017 wie schon zuvor geringe Beiträge auf die Inflation im Euroraum ausgehen. Die Steueranhebungen des vergangenen Jahres gehen zudem sukzessive in die statistische Basis ein, womit sie aus der Vorjahresteuerrate herausfallen. Von der Entwicklung der administrierten Preise wird voraussichtlich ebenfalls kein gravierender Aufwärtsdruck ausgehen, allerdings werden die gestiegenen Energiepreise nach und nach zu höheren Beförderungsentgelten im öffentlichen Personennahverkehr führen.

Für die Abschätzung der jahresdurchschnittlichen Inflationsrate ist schließlich zu berücksichtigen, dass die Prognose 2017 bereits durch einen beträchtlichen, aus dem Vorjahr herrührenden Preisüberhang in Höhe von 0,8% belastet ist.⁵ Unter der Annahme eines weitgehend unveränderten Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar könnte sich die Inflationsrate im Euroraum im Verlauf des Jahres 2017 auf 1½% belaufen, im Jahresdurchschnitt auf 1¾%.

Literatur

Bank of Greece (2013), *Monetary Policy*, Interim Report, Dezember, Athen.

Europäische Kommission (2016), *VAT Rates Applied in the Member States of the European Union, Situation at 1st August 2016*, verfügbar unter: http://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/resources/documents/taxation/vat/how_vat_works/rates/vat_rates_en.pdf.

Europäische Kommission und Eurostat (2009), *HICP-CT Manual*, Oktober, verfügbar unter: http://ec.europa.eu/eurostat/ramon/statmanuals/files/hicp-ct_manual_EN.pdf.

Europäische Zentralbank (2013) »Editorial«, *Monatsbericht*, Juli, 5–10.

⁵ Saison- und kalenderbereinigter Wert des HVPI-EWU im Dezember des Vorjahres in Relation zum Durchschnittswert des Vorjahres. Der Preisüberhang gibt an, auf wie viel Prozent sich die jahresdurchschnittliche Inflation im laufenden Jahr stellen würde, wenn das Verbraucherpreisniveau saisonbereinigt auf dem Dezemberwert des Vorjahres stagnieren würde.

Europäische Zentralbank (2017a), *Economic Bulletin* (1), 38, verfügbar unter: <http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/ecbu/eb201701.en.pdf>.

Europäische Zentralbank (2017b), *The ECB Survey of Professional Forecasters*, Januar, 8, verfügbar unter: http://www.ecb.europa.eu/stats/prices/indic/forecast/shared/files/reports/spfreport2017_Q1.en.pdf?00bc8eef81aba4266fcede27ec87d64b.

Hill, P. (1999), »Inflation, the Cost of Living and the Domain of a Consumer Price Index«, Joint ECE/ILO Meeting on Consumer Price Indices, Genf, verfügbar unter: <http://www.unece.org/stats/documents/ces/ac.49/1999/6.e.pdf>.

Hristov, A. (2016), »The Natural Interest Rate in the Eurozone – A DSGE Perspective«, *CESifo Forum* 17(1), 86–91.

Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2017), »Die Inflation kommt. Immer mehr Firmen in Deutschland wollen ihre Preise anheben«, *ifo Schnelldienst* 70(5), 16–21.

Nierhaus, W. (2006), »Harmonisierte Verbraucherpreisindizes – Zur Inflationsmessung in Europa«, *ifo Schnelldienst* 59(6), 11–16.

Nierhaus, W. (2016), »Der Einfluss von administrierten Preisen und indirekten Steuern auf die aktuelle Inflation im Euroraum: Aktuelle Ergebnisse«, *ifo Schnelldienst* 69(5), 28–32.